

Ein neuer Weg zur Knechtschaft



Von Dr. Ariel Sergio Goekmen, LL.M., Zürich

Mit vielen Kunden entwickeln sich spannende Gespräche darüber, was derzeit Makrothemen sind. Natürlich spielen da mögliche disruptive Einflüsse wie Grossmachtpolitik, Blockchain sowie die allgemeine und besondere Börsenlage eine Rolle. Aber es gibt auch kraftvolle Strömungen, die absolut auf unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung basieren und sich in ungeahnte Richtungen entwickeln können, wenn wir sie unbeobachtet zulassen. Beginnen wir einmal mit der Beleuchtung der Frage, wie sich unsere europäischen Demokratien refinanzieren.

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat den Zustand einmal prägnant so beschrieben: «Massen-medial animierter, steuer-staatlich zugreifender Semi-Sozialismus auf eigentumswirtschaftlicher Grundlage» und sogar von einer «Staats-Kleptokratie (...), auf deren Rücken das aktuelle System der aktu-

ellen Daseinsvorsorge reitet»¹⁾ gesprochen. Mit anderen Worten: Wir haben Besteuerungsmechanismen geschaffen, die zumindest Herr Sloterdijk als nicht optimal erachtet. Fokussieren wir auf die Frage, wie es dazu kommt, dass dem Staat unterstellt wird, sich am Eigentum des Bürgers zu bereichern, dann kommen wir auf einen weiteren Aspekt, weshalb der Staat in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückt: seine Attraktivität als Arbeitgeber. «Die Bundesverwaltung als geschützte Werkstatt», hatte 2004 ein unternehmerischer Bundesrat sein Department pointiert bezeichnet²⁾.

Tatsächlich gibt es in Europa einen Trend, dass auch verhältnismässig junge Menschen vermehrt eine Anstellung im Staatsdienst suchen. Beispielsweise wollen in Deutschland 32% der Studienabgänger für den Staat arbeiten³⁾. Der Anteil von Staatsangestellten

an der Gesamtzahl der Beschäftigten wird angeführt von Norwegen mit 33%, Frankreich ist mit 23% dabei, Grossbritannien mit 19%⁴⁾. Diesen Trend erkennen wir auch in unserem eigenen Land: Während die Anzahl der Staatsangestellten von 1990 bis 2015 um 30% zunahm, wuchs die Zahl der Angestellten in anderen Sektoren nur um 20%⁵⁾. In der Schweiz sind, je nach Zählweise, bis zu 25% der Bevölkerung für den Staat oder staatsnahe Betriebe tätig⁶⁾.

Gleichzeitig wächst statistisch gesehen auch der Anteil der Sozialausgaben des Staates. In der Schweiz beträgt dieser Anteil derzeit etwas weniger als 20%, in Deutschland 25%, in Frankreich über 30%⁷⁾. 1955 hatte der britische Soziologe Cyril Northcote Parkinson seine noch heute anerkannten Thesen veröffentlicht⁸⁾, wie der bürokratische Apparat eines Staates automatisch wächst und Ineffizienzen kreiert. Damit wird latent auch die interne Konkurrenz ausgeschaltet. Einerseits werden dieselben Aufgaben immer mehr Untergebenen zugeteilt, die ihrerseits an Wichtigkeit gewinnen, indem sie weitere Untergebene anstellen. Andererseits wird dieselbe Aufgabe mit immer mehr Angestellten geteilt. In diesem Moment erblickte der Ausdruck «Paper-pusher» das Licht der Welt.

Um dies alles zu finanzieren, muss der Staat für sich selbst und seine Abhängigen immer mehr Ressourcen bereitstellen. Wie geschieht dies eigentlich und wie können wir dies in der Wirklichkeit beobachten? Die drei OECD-Initiativen, die in diesem Zusammenhang in letzter Zeit an Bedeutung gewinnen, sind einerseits BEPS (Base Erosion and Profit Shifting), eine Initiative, welche Strategien zur Steuerumgehung einzugrenzen versucht. Dies geschieht, wenn Unternehmen künstlich Profite in Niedrigsteuer- oder steuerfreien Ländern anfallen lassen⁹⁾.

Diese Initiative zielt darauf ab, Gewinne von juristischen Personen in ihrem Heimatstaat «höher zu besteuern». In der Folge ist diese Initiative gegen den internationalen freien Steuerwettbewerb, an dem auch die Schweiz teilnimmt. Die Initiative grenzt aber auch den Handlungsspielraum von Unternehmensleitungen ein, deren Auftrag es ist, die Interessen ihrer Eigentümer finanziell möglichst wirksam wahrzunehmen.

Andererseits gibt es eine weitere relevante OECD-Initiative, den AEOI (Automatic Exchange of Information), den automatischen Informationsaustausch über grenzüberschreitend gehaltene Vermögen. Dabei werden, vereinfacht gesagt, alle steuerrelevante Daten über Konti, welche Privatpersonen und von ihnen beherrschte Sitzgesellschaften nicht in ihrem Heimatstaat haben, mit diesem ausgetauscht. So werden beispielsweise die Daten eines Niederländers, der ein Depot in der Schweiz hat, von der Schweiz dem niederländischen Fiskus gemeldet. Umgekehrt würde aber auch ein Schweizer Begünstigter eines auf der Kanalinsel Jersey beheimateten Trusts der Schweiz gemeldet. Dies betrifft alle geldbezogenen Informationen, wie Kapital, Dividenden und Zinsen usw., die im grenzüberschreitenden Raum erzielt wurden. Diese Initiative erfasst somit natürliche Personen, die ebenfalls in ihrem Heimatstaat korrekt zu besteuern sind. Mit dieser Initiative wird auch das Schweizer Bankgeheimnis gegenüber dem Ausland irrelevant.

Beide oben beschriebenen OECD-Initiativen haben den Effekt, dass sie nicht nur höhere steuerliche Einnahmen erzielen – was im Rahmen der Ausführungen durchaus verständlich ist – sondern auch, dass Unmengen an kritischen Daten sowohl über Unternehmen als auch über Privatpersonen und ihre finanziellen internationalen Aktivitäten zentral erfasst und gesammelt werden. Einmal registriert, sind die Daten zwar geschützt; aber spätestens seit Wikileaks wissen wir, dass bei Staaten kein Datenschutz unendlich lange dauert. Das Thema Datenschutz ist zu gross, um an dieser Stelle vertieft betrachtet zu werden, verdiente im Grunde aber eine eigene Würdigung.

Schliesslich sammeln nicht nur Staaten Daten, sondern in viel grösserem Umfang auch Unternehmen, inklusive der weltweiten Suchmaschinen.

Die dritte OECD-Initiative, die sich in Zukunft als janusköpfiges Geschöpf erweisen könnte, ist die Folgende: Derzeit überlegen sich viele Regierungen, wie mit Bargeld zu verfahren sei. Problematisch ist Bargeld aus deren Sicht in Bezug auf Terrorismus und Schattenwirtschaft. In einem OECD-Report aus dem Jahr 2002 hatte man sich bereits Gedanken zur Zukunft des Geldes gemacht¹⁰⁾. Schon im Executive Summary wird klar, dass die Zukunft des Geldes digital sein soll. Digitales Geld bedeutet Buchgeld, d.h. Geld, welches nicht mehr bar zum Bezug von Waren und Dienstleistungen verwendet wird; Geld, welches irgendwo digital gespeichert ist und bei Bedarf abgerufen wird. Damit wird ein drittes Ziel ersichtlich, das sich während der Schuldenkrise von Zypern im Jahr 2013 offenbarte und prägnant in einer Schlagzeile zusammengefasst wurde: «Staat gerettet, Bürger pleite.»¹¹⁾ Man erinnert sich: Die Troika¹²⁾ bestrafte die Sparer, die mehr als 100'000 Euro bei zypriotischen Banken deponiert hatten, mit einer Zwangsabgabe von gegen 30%. Vom Kapital. Es liegt somit auf der Hand, dass durch die Abschaffung von Bargeld auch die absolute Kontrolle über das Buchgeld in die Hände der Staatsorgane übergeht.

Ein Schweizer Sozialdemokrat sagte mir einmal: «Jeder, der nichts zu verstecken hat, kann doch vollkommen transparent sein.» Dieses Thema ist verhältnismässig oft recherchiert worden. Doch stimmt es wirklich, dass, wer nichts zu verbergen hat, nichts befürchten muss? Sogar der Enthüller Edward Snowden erkannte: «Zu argumentieren, dass man sich nicht um das Recht auf Privatsphäre schert, weil man nichts zu verbergen habe, ist nichts anderes, als wenn man konstatiert, dass man sich nicht um freie Meinungsäusserung schert, weil man nichts zu sagen hat.»¹³⁾

Die oben beschriebenen Tendenzen, dass wichtige Daten quasi nebenbei gesammelt und gespeichert werden, müssen auch im Zusammenhang mit den anderen Initiativen gesehen werden, bei denen dem Staat die Möglich-

keit gegeben wird, über seine Bürger Nachforschungen anzustellen, wenn beispielsweise Terrorverdacht besteht. Alle diese Initiativen sind per se selbstverständlich integer und fussen auf einem rechtsstaatlichen Weltverständnis. Weil aber Staaten und ihre Organe von Menschen geführt werden, die genauso Emotionen haben wie alle anderen Bürger auch, kann diese Kumulation an Wissen und Zugriffsmacht gefährlich werden. «Diejenigen, die wesentliche Freiheiten aufgeben, um ein wenig Sicherheit für den Augenblick zu erkaufen, verdienen weder Freiheit noch Sicherheit», sagte einmal Benjamin Franklin so weise¹⁴⁾.

Es ist also gut, diese Entwicklungen genau zu beobachten, weil es selbst in einer freiheitlichen Ordnung Auswüchse geben kann, deren Auswirkungen zu Beginn nicht absehbar waren. Wachsam vermeiden wir den neuen Weg in die Knechtschaft.

- 1) Gute-Macht-Geschichten: Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen, Stephan Hebel und Daniel Baumann
- 2) <http://www.20min.ch/schweiz/news/story/12132829>
- 3) <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/studenten-wollen-zunehmend-in-denstaatsdienst-14409966.html>
- 4) <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37720/umfrage/beschaeftigte-im-oeffentlichen-dienst-in-oecd-laendern/>
- 5) <https://www.nzz.ch/schweiz/staatsangestellte-massiv-mehr-personal-ld.129198>
- 6) https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/fakten/oesterreich/internationaler_vergleich/internationaler_vergleich.html
- 7) <https://de.statista.com/infografik/3385/sozialausgaben-in-prozent-des-bip/>
- 8) <http://www.economist.com/node/14116121>
- 9) <http://www.oecd.org/tax/beps/>
- 10) <https://www.oecd.org/futures/35391062.pdf>
- 11) <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-03/zypern-finanzkrise>
- 12) EU, IWF, EZB
- 13) <http://www.zeit.de/kultur/2016-11/privatsphaere-persoenele-assistenz-google-home-ueberwachung-edward-snowden>
- 14) Zitiert nach Friedrich A. Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, S. 172